



Carolin Genz

Transformative Potenziale städtischer Proteste

Die Stadt als Möglichkeits- und Verhandlungsraum

Wo auf kleiner Fläche viele Menschen und Lebensstile aufeinandertreffen, wird viel diskutiert und verhandelt – insbesondere über die Gestaltung der Stadt und die Teilhabe in diesen Räumen. In der Stadt begegnen einem Menschen mit verschiedenen sozialen, kulturellen und ökonomischen Hintergründen, mit unterschiedlichen Bedürfnissen, Interessen und Zielen. Um eine funktionierende und lebenswerte Stadt für alle zu schaffen, bedarf es funktionaler Aushandlungsprozesse. Diese dienen dazu, Fragen der sozialen, ökonomischen, ökologischen und politischen Integration zu diskutieren und Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe auszuloten. Die Stadt kann demzufolge als Möglichkeits- und Verhandlungsraum eines gemeinwohlorientierten und nachhaltigen Zusammenlebens betrachtet werden. Dabei kommt es durchaus zu Konflikten, die mitunter in Form öffentlicher Proteste in Erscheinung treten. Dieser Beitrag thematisiert das transformative Potenzial städtischer Protestpraktiken und die Impulse, die sich dadurch für eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung bieten.

Im Zuge neoliberaler Stadtentwicklungspolitiken sind zunehmende Konfliktpotenziale garantiert. Die multiplen Krisen in Folge der Globalisierung, geopolitische Verschiebungen, aber auch die aktuelle Klima- und Energiekrise führen zu einer Diversifizierung von Forderungen und politischen Positionierungen. Städte waren immer schon als Schauplätze politischer und sozialer Prozesse prädestiniert, und so finden auch heute Proteste und widerständige Praktiken, mit denen ein gesellschaftlicher Wandel angestoßen werden soll, hier eine Bühne (vgl. Künkel 2016; Schoch/Bürgin 2018). Konkret sind es seit einigen Jahren vielerorts die steigenden Mieten und die sich zuspitzenden Folgen des Klimawandels, die zunehmend Widerstände im städtischen Raum provozieren. Die kürzlich zu beobachtenden Proteste in Hamburg, Marburg, Berlin oder Greifswald sind Ausdruck dafür, dass eine aktive Zivilgesellschaft ihr Recht auf Mitgestaltung und Teilhabe am urbanen Leben verstärkt einfordert. Stadtraum ist demnach ein Forum, ein Resonanzraum kollektiver Interessen und Erfahrungen.

Protest als Forschungsgegenstand und politisches Handlungsfeld

Sowohl für die Forschung als auch für die Kommunalpolitik sind städtische Proteste von besonderem Interesse, wenn es um urbane Transformationsprozesse geht. Denn um zu verstehen, wie sich das politische und gesellschaftliche Zusammenleben in städtischen Kontexten gestaltet, müssen die Konfliktfelder und ihre Artikulationen sowie die stetigen Aushandlungsprozesse der Einwohnerinnen und Einwohner in den Blick genommen werden (vgl. Genz 2020). Damit rückt auch die Stadtentwicklungspolitik in Zeiten des Neoliberalismus in den Fokus: Welche politischen Logiken, welche

Machtverhältnisse prägen die sozialräumlichen Praktiken? Welche städtischen Akteurinnen und Akteure treten nach welchem Muster auf den Plan, und welche sozialen Zusammenhänge sind hierbei relevant? Zahlreiche soziologische und kulturanalytische Untersuchungen widmen sich dahingehend der sozialen und ökonomischen Integration von Personengruppen sowie Fragen nach einer verträglicheren und nachhaltigeren Gestaltung des Zusammenlebens (weiterführend Adam/Vonderau 2014). Ein fundiertes Verständnis aktueller Protestdynamiken eröffnet neue Perspektiven hinsichtlich der Vielfalt und prozessualen Veränderung der Bedürfnisse und Lebensumstände. Das ermöglicht es wiederum, auf politischer Ebene adäquat zu reagieren.

„Recht auf Stadt“ | Henri Lefebvre war ein französischer Philosoph und Soziologe (1901–1991). Das Recht auf Stadt geht zurück auf seine Beobachtungen der Proteste in den Vorstädten von Paris in den 1960er Jahren. Schon damals stellte er fest, dass es im Zuge von Urbanisierungsprozessen vor dem Hintergrund neoliberaler Verwertungslogiken zu einem Verlust der Stadt als Œuvre, als Ort des kreativen Austauschs kommt. Mit dem Recht auf Stadt meinte er das Anrecht aller auf die kreativen Überschüsse des Urbanen, auf kollektiv gestaltete städtische Räume und auf die dort stattfindenden Begegnungen. Unter dem Slogan Recht auf Stadt bringen weltweit verschiedenste Gruppierungen ihre Forderungen nach sozialer urbaner Gerechtigkeit und gegen Verdrängungs- und Segregationsprozesse zum Ausdruck.

Doch gibt es ein Grundrecht auf Stadt? Der Slogan Recht auf Stadt, auf den sich vielerorts Akteursgruppen städtischer Proteste berufen, geht auf den französischen Philosophen

Henri Lefebvre zurück. Sein Konzept formuliert ein Anrecht aller auf urbane Lebensqualität und damit ein Recht auf Differenz. Die Stadt wird dahingehend als Œuvre verstanden, als Ort der Kreativität und des Austauschs (Lefebvre [1968] 2016). Städtische Wohn- und Mietenproteste zum Beispiel können mit Lefebvre als Artikulationen aktiver Bürgerinnen und Bürger verstanden werden, die ihr Recht auf Stadt in Zeiten renditeorientierter Verwertungslogiken einfordern, in denen der Zugang zum Wohnen in innerstädtischen Bereichen immer stärker eingeschränkt wird.

Protestpraktiken | Es gibt unterschiedliche Formen städtischen Protests. Neben Demonstrationen und Versammlungen, Onlinepetitionen, Referenden und Volksentscheiden können auch die physische und/oder symbolische Aneignungen des städtischen Raums als Form des Protests verstanden werden. Darunter fallen beispielsweise künstlerische Interventionen, mit denen dominante gesellschaftspolitische Narrative infrage gestellt werden. In den letzten Jahren hat zudem die Bedeutung der sozialen Medien und der digitalen Protestpraktiken zugenommen. Sie sind zu einem wichtigen Instrument für die Organisation, Vernetzung und Mobilisierung avanciert, da sie es Akteursgruppen ermöglichen, sich über große Entfernungen hinweg miteinander zu vernetzen und Aktionen über den lokalen Kontext hinaus zu koordinieren. Städtische Proteste können somit eine Vielzahl von Ausprägungen haben, abhängig von den Zielen und dem sozialen und politischen Kontext der Akteursgruppen.

Städtische Protest- und Bewegungsforschung

Seit den 1960er Jahren beschäftigen sich verschiedene Fachbereiche der kritischen Stadtforschung, wie etwa die Geografie oder die Soziologie, mit städtischen Protesten und ihren transformativen Potenzialen (z. B. Harvey 2008; Mayer 2010; Holm 2012). Manuel Castells hat 1980 mit „The City and the Grassroots“ ein zentrales Werk der städtischen Protest- und Bewegungsforschung vorgelegt. Darin etabliert der Soziologe den Begriff „urbane soziale Bewegungen“, worunter er Initiativen versteht, mit denen versucht wird, direkt auf die Gestaltung des städtischen Raums Einfluss zu nehmen. Seither wurden verschiedene Versuche unternommen, die Komplexität und Vielschichtigkeit städtischer Proteste und die dahinterstehenden Gruppierungen zu erfassen. Die städtische Protest- und Bewegungsforschung fokussiert dabei auf Definitionen, Charakterisierungen und Theorien der Mobilisierung (Mayer 2010). Auch die diesbezügliche Bedeutung der digitalen Medien oder des Staates rücken in den Fokus der Analyse. Darüber hinaus werden auch verschiedene Phasen der Entwicklung städtischer Bewegungen, die divers aufgestellten Akteursgruppen sowie deren spezifische Handlungsbedingungen bei der Gestaltung von Protest untersucht (weiterführend dazu Roth/Rucht 2008; Künkel 2016).

In meiner Forschung „Wohnen, Alter und Protest“ habe ich mich beispielsweise über mehrere Jahre mit den Protest- und Netzwerkpraktiken älterer Menschen befasst, die sich gegen steigende Mieten und Verdrängung wehren. Ich habe analytisch aufgezeigt, dass die Formation von Protest an wesentliche räumliche, materielle und körperliche Bedingungen geknüpft ist (weiterführend Genz 2020). Bei der Frage, welche Protestpraktiken im Bereich des Möglichen liegen und wie diese in städtischen und digitalen Räumen realisiert werden können, um eine kritische Öffentlichkeit zu generieren, gerät der Körper als wesentlicher Bestimmungsfaktor politischen Handelns ins Zentrum der Analyse. Die protestierenden Seniorinnen und Senioren verfolgen dabei einen reflexiven Ansatz, indem sie in ihren Protesten bewusst Bezug nehmen auf verbreitete Vorstellungen von Alter(n).¹ In jüngster Zeit wird auch die Forschung über Proteste selbst reflexiv beleuchtet, einschließlich ihres Potenzials, selbst Veränderungen zu bewirken und Demokratisierung zu fördern (weiterführend Zajak 2018). Bei all diesen Betrachtungen wird dem öffentlichen Raum, der „Stadt als Bühne“, eine besondere Rolle zugeschrieben.



Abb. 1: Die „rebellischen Seniorinnen“ auf der Demonstration „Wohnraum ist keine Ware!“ in Berlin. Für die Teilnahme an der Demonstration wurde eine Rikscha gebaut (Foto: Mietergemeinschaft Hansa-Ufer).

Die Stadt als Bühne

Der städtische Raum dient als Ort für öffentliche Versammlungen und Meinungsäußerungen sowie für kollektive Aktionen. Fragen der Verfügbarkeit und Zugänglichkeit des öffentlichen Raums können angesichts des Protests, der dort umgesetzt wird, virulent werden (Scharloth 2019). Im Zuge meiner Forschung zu Protestpraktiken von Seniorinnen und Senioren bestätigte sich die Annahme, dass die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit öffentlich-städtischer Räume ein

¹ Angesichts des demografischen Wandels wird der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung in den nächsten Jahren deutlich steigen (Statistisches Bundesamt 2022). Damit verknüpft sind absehbare Herausforderungen bzgl. der Versorgung mit zugänglichem und bezahlbarem Wohnraum für ältere Menschen. Dabei sind nicht allein die Ansprüche an eine altersgerechte Ausstattung relevant, sondern ebenso die sozialen und infrastrukturellen Bedürfnisse an die Wohnumgebungen.



kritisches Themenfeld ist. Spezifischen Bevölkerungsgruppen ist aufgrund von Alter, Geschlecht, Identität oder Herkunft der öffentliche Raum als politisches Handlungsfeld per se nicht ohne Weiteres zugänglich. Judith Butler diskutiert ebenfalls die Rolle des städtischen öffentlichen Raums als Ort politischer Aushandlungen. Sie geht dabei der Frage nach, welche Bedingungen für die Formation von Protest gelten könnten. So thematisiert Butler in ihren „Anmerkungen zur performativen Theorie der Versammlung“ (2016) die Machtdynamiken von kollektivem politischem Handeln. Sie analysiert, wie Menschen zusammenkommen können und wie sie durch Sprache, Körper, Gestik oder Gender reguliert und kontrolliert werden. Butlers Arbeit bietet dahingehend einen theoretischen Rahmen für das Verständnis des transformativen Potenzials kollektiven Handelns. Sie unterstreicht, wie wichtig es ist, die unterschiedlichen Arten, wie sich Protest formieren kann, anzuerkennen.



Abb. 2: Künstlerisch-symbolische Aneignung als Form städtischen Protests (Foto: Genz)

Judith Butler (geb. 1956) ist Philosophin und Gendertheoretikerin. Butler argumentiert, dass Geschlechteridentitäten und -normen durch kulturelle und soziale Praktiken produziert und reproduziert werden und dass sie somit veränderbar und offen für politische Interventionen sind. Sie ist Professorin an der University of California, Berkeley, USA. Mit ihren zahlreichen Veröffentlichungen, u. a. „Das Unbehagen der Geschlechter“ (1991), zählt sie zu einer der einflussreichsten Stimmen in der aktuellen Geschlechter- und Identitätstheorie.

Das ist für die oben genannten Seniorinnen und Senioren besonders relevant, da sie aufgrund gesellschaftlicher Zuschreibungen gegenüber Alter und Geschlecht eine erschwerte Ausgangsposition haben, ihre politischen Belange sichtbar zu machen. Öffentliche städtische Räume – ebenso wie mediale oder digitale Räume – sind demnach nicht für alle Akteursgruppen gleichermaßen zugänglich. So konnte ich im Rahmen meiner Forschung empirisch aufzeigen, dass Protest als eine Form politischen Handelns verschiedenen körperlichen, räumlichen und materiellen Bedingungen un-

terliegt, die entscheidenden Einfluss haben auf die Sichtbarkeit der jeweiligen Gruppe. Mit Blick auf die protestierenden Seniorinnen und Senioren hat sich gezeigt, dass sie Strategien entwickelt haben, um politische Aufmerksamkeit für ihre Anliegen zu generieren (weiterführend Genz 2020).

Die Stadt ist dahingehend ein spezifischer Schauplatz, der Protestformen anregt und zulässt und gleichzeitig umkämpft ist, wenn es um die Sichtbarkeit verschiedener Interessen und Gruppen geht. Protest kann somit als genuiner Wunsch nach politischer Teilhabe am städtischen Leben verstanden werden und als konstitutiver Bestandteil von Vergesellschaftung. In vielen Städten haben zum Beispiel Klimaproteste zugenommen, was auch auf das wachsende Bewusstsein des Klimawandels für verschiedene Bevölkerungsgruppen hinweist. Die Forderungen der Proteste reichen von mehr kommunalen Maßnahmen zur Reduktion von CO₂-Emissionen bis hin zu einer Neuausrichtung der bundesweiten Energie- und Mobilitätspolitik. An den Themenfeldern „Klima“ und „Wohnen“ leitet sich auch die Frage ab, wie wir zukünftig leben, wie wir Gesellschaft gestalten wollen (Hannemann 2021). Damit ist auch die Frage verknüpft, nach welchen Parametern Städte(bau) ausgerichtet ist. Das schließt die Reflexion ein, wer an diesen Debatten, Aushandlungen und an der kollektiven Erarbeitung von Antworten und Zielsetzungen mitwirken kann und wer nicht.²

Impulse für eine transformative Stadtentwicklung

Angesichts obiger Ausführungen ist eine differenzierte Betrachtung städtischer Proteste von besonderer Bedeutung für urbane Transformationsprozesse. Denn die Inhalte von Protesten und deren konkrete Ausformungen liefern direkt und mittelbar Hinweise dafür, was der Bevölkerung besonders wichtig ist und wo Handlungsbedarf besteht. Um die Proteste für die politische Praxis sinnvoll zu deuten, gilt es, der Frage nachzugehen, welche spezifischen räumlichen, sozialen und politischen Umstände als Voraussetzungen für ihre Entstehung anzusehen sind. Die Diversität von Bewegungen, Motivationen, Zielen, Akteurskonstellationen und Mobilisierungs- sowie Protestformationen gibt nicht per se ein repräsentatives Abbild der in unserer Gesellschaft vorherrschenden Meinungen und Anliegen (vgl. Gestring/Rubne/Wehrheim 2014, S. 16). Es gilt auch, zu prüfen, welche Perspektiven eben nicht abgebildet werden und warum das der Fall ist. Bei diesem Schritt sollte jedoch nicht den Protesten per se die Legitimität abgesprochen werden. Städ-

² Rechte Proteste und Bewegungen rufen mitunter zu Intoleranz, Ungleichwertigkeit, Diskriminierung und Rassismus auf. Eine kritische Haltung städtischer Verwaltungen gegenüber solchen Protesten ist unabdingbar (weiterführend AK Rechte Protestmobilisierungen des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (ipb), URL: <https://protestinstitut.eu/uber-das-institut/arbeitskreise/ak-rechte-protestmobilisierungen/>).

tische Proteste inspirieren auf vielfältige Weise zu einer kritischen Auseinandersetzung mit nachhaltiger und gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung:

- Sie bieten die Chance, städtische Zukünfte zu imaginieren, denn sie können medial und öffentlichkeitswirksam auf Problemlagen und marginalisierte Positionen aufmerksam machen, die aus dem Sichtfeld der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger gerückt sind.
- Sie geben demnach Hinweise auf gesellschaftspolitische, soziale, ökonomische und ökologische Belange und Bedürfnisse einer aktiven Zivilgesellschaft. Damit fordern sie auch bestehende Machtverhältnisse und -strukturen heraus. Dies kann zur Schaffung gerechterer soziopolitischer Systeme führen.
- Und nicht zuletzt mobilisieren städtische Proteste Menschen für ein kollektives Handeln, ein solidarisches Miteinander oder die Bildung von Koalitionen und Netzwerken. Darauf folgt mitunter ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement und eine aktivere Beteiligung an oder eine Auseinandersetzung mit politischen Prozessen. Sie fördern daher auch demokratische Aushandlungsprozesse und die Generierung kritischer Öffentlichkeiten.

Damit die transformativen Potenziale städtischer Proteste zugunsten einer ebenso transformativen Stadtentwicklung aufgegriffen werden können, müssen diese systematisch analysiert und kontextualisiert werden. Denn nur so wird offenbar, welche Ressourcen zivilgesellschaftliche Gruppierungen mobilisieren können und über welches immense Wissen sie zur städtischen Gesellschaft und das bauliche Umfeld verfügen. Die Akteursgruppen städtischer Proteste sind mitunter hochgradig professionalisiert und informiert. Es ist anzuregen, auf diese Erkenntnisse und Fähigkeiten im Sinne einer gemeinwohlorientierten politischen Arbeit zur Inangriffnahme gravierender sozialer, ökonomischer und ökologischer Probleme zurückzugreifen. Denn für eine transformative Stadtentwicklung ist eine (selbst-)reflexive Haltung der eigenen Wissensproduktion vonnöten. Eine kritische Wissensproduktion kann dabei auch die Form von Kollaborationen oder einer unaufdringlichen Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Projekten annehmen (vgl. Binder/Hess 2013, S. 22 ff.).

Aushandlungsprozesse um die Gestaltung und Teilhabe in städtischen Räumen finden nicht mehr nur von oben nach unten statt. In den letzten Jahren hat sich eine Vielzahl an Debatten herausgebildet, die neue Formen der Zusammenarbeit und Chancen der Beteiligung diskutieren (weiterführend Beck/Schnur 2016). Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Stadtforschung ist es sinnvoll, nach Möglichkeiten des Miteinander-in-Austausch-Tretens, des Einander-Sehen-Lernens sowie nach einer gemeinsamen Sprache und Blickrichtung zu suchen. Dies wäre ein wesentlicher Ansatz zur Schaffung partizipativer Ent-

scheidungsprozesse. Darüber hinaus führt es zur Stärkung demokratischer Strukturen und zur Förderung transformativer Potenziale in städtischen Räumen (BMI 2020). Was dafür erforderlich ist, ist eine aufgeschlossene, innovative und lernende Praxis des Regierens zugunsten einer sozial ausgewogenen Stadtentwicklungspolitik.



Dr. Carolin Genz

Seniorwissenschaftlerin im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung, vhw-Forschung, vhw e.V., Berlin

Quellen:

- Adam, J./Vonderau, A. (2014): Formationen des Politischen. Anthropologie politischer Felder. Bielefeld: transcript.
- Beck, S./Schnur, O. (2016): Mittler, Macher, Protestierer: Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung, Berlin, Boston: JOVIS Verlag.
- Binder, B./Hess, S. (2013): Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnografisch und gendertheoretisch. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 22–54.
- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) (2020). Neue Leipzig Charta: Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl. Leipzig.
- Butler, Judith (2018): Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung (2016). 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.
- Genz, C. (2020): Wohnen, Alter und Protest. Eine Ethnographie städtischer Protest- und Netzwerkpraktiken von Senior_innen. Springer VS Research: Wiesbaden GmbH.
- Gestring, N./Ruhne, R./Wehrheim, J. (Hrsg.) (2014): Stadt und soziale Bewegungen. Wiesbaden: Springer VS.
- Hannemann, C. (2021): Städtebau im Dialog, S3, E3, <https://stadtebau-im-dialog.simplecast.com/episodes/stadtebau-im-dialog-christine-hannemann>, Zugriff am 27.01.2023.
- Harvey, D. (2008): The Right to the City. In: New Left Review 53, S. 23–40.
- Holm, A. (2012): Vorwort. In: M. Castells: Kampf in den Städten: gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht. Nachdr. der deutschspr. Erstausg. Westberlin 1975. Hamburg: VSA: Reprint, S. 7–27.
- Künkel, J. (2016): Städtische Soziale Bewegungen. In: Belina, B./Naumann, M./Strüver, A. (Hrsg.): Handbuch kritische Stadtgeographie. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 134–140.
- Lefebvre, H. ([1968] 2016): Das Recht auf Stadt. Hamburg: Edition Nautilus.
- Mayer, M. (2010): Perspektiven und Herausforderungen der Stadtforschung und städtischer Bewegungen. In: derive. Zeitschrift für Stadtforschung 40/41 (Oktober 2010), S. 116–123.
- Roth, R./Rucht, D. (2008): Einleitung. In: dies. (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt a.M./New York: S. 9–36.
- Scharloth, J. (2019): Stadt als Protestraum. Zeitschrift für germanistische Linguistik, Vol. 47, Nr. 2, S. 337–354.
- Schoch, A./Bürgin, R. (2018): Urbane Widerstände – Urban Resistance: Bern: Peter Lang.
- Statistisches Bundesamt (2022): Pressemitteilung Nr. 511 vom 2. Dezember 2022. URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/12/PD22_511_124.html, Zugriff am 09.03.2023.
- Zajak, S. (2018): Engagiert, politisch, präfigurativ. Das Selbstexperiment als transformative Bewegungsforschung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 30, Heft 4, S. 98–105.